

Bewerkschaftliche Rundschau

Zeitschrift des Zentralverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen

Mitglied des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften und des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Erscheint alle 14 Tage.

Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,50 Goldmark.
Anzeigen: Die dreispaltige mm-Zeile 0,15 Mark.

Hauptgeschäftsstelle: Köln, Jülicher Straße 27.

Fernsprecher 21 22 62.

Redaktionschluss: Montags vor Erscheinen.

Fördert den Preisabbau!

Aufruf der Gewerkschaften zur Mithilfe

Die Spitzenverbände der Gewerkschaften veröffentlichen folgenden Aufruf:

Die schwere soziale Krise der Gegenwart bedroht immer weitere Kreise des deutschen Volkes mit Hunger und Elend. Sie erfordert gebieterisch den nachdrücklichsten Einsatz aller Abwehrkräfte. Neben die von den Gewerkschaften verlangte Verkürzung der Arbeitszeit und die anderen Maßnahmen zur Entlastung des überfüllten Arbeitsmarktes muß die Sorge um die Erhaltung der Massenkauflkraft treten. Nur auf diesem Wege kann die weitere Verschlechterung der Konjunktur verhindert und eine Wiederbelebung der Wirtschaft erfolgreich vorbereitet werden.

Ein scharfer Druck auf die Löhne und Gehälter aller Arbeitnehmerschichten hat bereits eine empfindliche Senkung der Lohn- und Gehaltseinkommen herbeigeführt. Das Preisniveau dagegen hält sich immer noch auf einer nicht zu rechtfertigenden Höhe. Die von der Regierung eingeleitete Aktion zur Senkung der Preise muß wirksamer gestaltet werden, insbesondere für die Lebensmittel und Gegenstände des notwendigen Massenbedarfs.

In Erkenntnis der Bedeutung dieser Aufgabe fordern die unterzeichneten Spitzenverbände alle ihre Unterorganisationen im ganzen Reich bis hinab zur kleinsten Gemeinde auf, sich an ihrer Durchführung tatkräftig zu beteiligen. Das Zusammenwirken aller gewerkschaftlichen Kräfte von Nord bis Süd, von Ost bis West kann den erhofften Erfolg bringen. Darum ergeht

unser Ruf an alle unsere Mitglieder in Stadt und Land, in Industrie und Landwirtschaft, in Handel und Verkehr, in den Betrieben und Verwaltungen:

Organisiert eine gemeinsame Bekämpfung der unberechtigten hohen Lebenshaltungskosten! Stellt euch den Behörden zur Verfügung!

Arbeitet zusammen mit den Genossenschaften der Erzeuger und Verbraucher!

Fördert die direkten Beziehungen zwischen der Landwirtschaft, die die Lebensmittel erzeugt, und der Bevölkerung, die sie verbraucht!

Sichert euch gegen Übervorteilung durch ständige Kontrolle der Preise von Läden zu Läden, von Stadt zu Stadt!

Vergleicht die Einkaufspreise mit den Verkaufspreisen, damit die Zwischenhandelspanne verringert wird!

Stellt die Preise der Konsumvereine, der Warenhäuser und des Einzelhandels gegenüber! Veröffentlicht die billigsten Preise mit samt ihren Bezugsquellen, damit die Hausfrau weiß, wo sie am wohlfeilsten einkaufen kann!

Ruft die Hausfrauen auf, daß auch sie sich in den Dienst der Sache stellen!

Seid wachsam und regsam! Angesichts der furchtbaren Not ist jede tatkräftige und umsichtige Mitarbeit notwendig und willkommen. Beteiligt euch an dem großen Werke, unseren Brüdern und Schwestern zu helfen und der deutschen Wirtschaft wieder die Grundlage zur Gesundung zu bereiten!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund / Allgemeiner freier Angestelltenbund / Deutscher Gewerkschaftsbund / Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände / Allgemeiner Deutscher Beamtenbund / Deutscher Beamtenbund

Reichsregierung und Preisabbau

Die Reichsregierung wendet sich in einer Kundgebung zum Preisabbau an die Verbraucher mit dem Ersuchen, nun auch ihrerseits alles zu tun, damit nicht die eben begonnene Entwicklung der Preise nach unten ins Stocken gerät. Bellingt es nämlich nicht, den Preisabbau möglichst schnell in weitmöglichstem Umfang durchzuführen, trägt er nicht zur Belebung der Wirtschaft bei. In diesem Falle nämlich würden die Konsumenten mit ihren Käufen und Aufträgen zurückhalten, um eine Preisentung abzuwarten und dadurch die Arbeitslosigkeit vergrößern.

In ihrer Kundgebung sagt die Reichsregierung:

Wie die Reichsregierung in ihrem Wirtschafts- und Finanzprogramm betont hat, ist die Herabsetzung der Preise auf der ganzen Linie eine Notwendigkeit. Durch Verbilligung von Erzeugung und Verbrauch muß die Wirtschaft neu belebt werden. Verbilligung des Verbrauchs, Senkung

der Lebenshaltungskosten sind insbesondere auch geboten, um die Wirkungen abzuschwächen, die sich aus der Kürzung der Beamteneinkünfte und aus Lohnsenkungen ergeben. Ihr Ziel ist ebenfalls, die Lasten zu ermäßigen, die auf der Erzeugung ruhen.

Niemand darf und wird sich auf die Dauer dieser zwangsläufigen Entwicklung entziehen können. Sache der Regierung ist es, sie mit allen Kräften zu fördern, damit die Schäden und Nachteile der Uebergangszeit zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage, von Preissen und Kaufkraft abgeköpft und das Millionenheer der Arbeitslosen so rasch wie möglich der schaffenden Tätigkeit wieder zugeführt wird.

Die ungezählten und vielgestaltigen wirtschaftlichen Vorgänge des täglichen Lebens können nun aber nicht durch staatlichen Zwang in diesem Sinne einheitlich und plötzlich gestaltet werden. Zwang ist geboten, wenn der wirtschaft-

lichen Entwicklung wieder bessere Erkenntnis Hindernisse bereitet werden, die anders nicht zu beseitigen sind. In diesem Sinne fördernd diese Verbilligungstendenzen zu stützen, ist die Aufgabe des Kabinettsausschusses für Arbeits- und Preisfragen.

Fast noch wichtiger aber als Zwang ist neben den Verhandlungen des Staates zu gütlicher Lösung der Fragen der Druck der Verbraucher und der öffentlichen Meinung auf Widerstrebende.

Wenn durch die Hand der Hausfrau jährlich etwa 25 Milliarden deutschen Volkseinkommens gehen, so ist es vornehmlich auch sie, die auf die Preishaltung stärksten Einfluß nehmen kann. Sie kann die Verkäufer und die Waren bevorzugen, durch die sie billiger und besser bedient wird als durch andere.

Die öffentliche Meinung braucht es nicht zu dulden, daß durch Zurückhaltung im Preisabbau einzelne unberechtigte Vorteile haben, wenn andere in richtiger Erkenntnis der Lage Opfer bringen. Sie kann und muß auch hier der Gerechtigkeit zum Siege verhelfen. Der Presse jeder Richtung und Größe, besonders auch den Zeitungen auf dem Lande sind hier wichtige volkswirtschaftliche Aufgaben erwachsen, die verdienstvoll gelöst werden können.

Gerechtigkeit kann insbesondere der Landwirt fordern, dessen Preise weit unter den Stand derer anderer Waren hinabgeglitten sind. Wird dieser Bewegung Einhalt geboten, wird versucht, in angemessenen Grenzen die Preise der Agrarerzeugnisse und der anderen Waren einander anzunähern, dann braucht daraus für die Lebenshaltungskosten der breiten Massen keinerlei Nachteil zu entstehen. Denn die rückläufige Bewegung der Preise, die der letzte Verbraucher zu zahlen hat, muß dadurch auch weiter möglich sein, daß sich der Unterschied der Preisspannen in gerechter Weise auf die Zwischenglieder verteilt.

*

Die folgende knappe Zusammenstellung soll eine gewisse Uebersicht darüber geben, welche Fortschritte die Abwärtsbewegung der Preise in letzter Zeit auf einzelnen Wirtschaftsgebieten, meist infolge der staatlichen Maßnahmen, gemacht hat.

Gewiß sind an sich die Lebenshaltungskosten für den Verbraucher unmittelbar von sinnfälligster Bedeutung. Trotdem ist aber auch für ihn gleich wichtig, wenn die Urstoffe der Wirtschaft verbilligt werden. Daher steht die inzwischen erreichte Herabsetzung der Kohlenpreise um 6 Prozent im Vordergrund. Sie wird sich für den Verbraucher in allen Richtungen auswirken. Ferner sind die Holzpreise um 17 bis 20 Prozent, die Preise für Walzwertsprodukte um 3 Prozent ermäßigt worden. Von den Baustoffen sind im Durchschnitt Zement um 10 Prozent, Ziegel um 10 bis 15 Prozent, Fensterglas um 22 Prozent und Platten um 35 bis 40 Prozent im Preise gesunken. Der Inbegriff der gesamten Baukosten ist seit Januar dieses Jahres um 11 Prozent zurückgegangen.

Wenn so die Preise in den Grundlagen der Wirtschaft welken,

dann muß davon der ganze Preisaufbau beeinflusst werden, der darauf ruht. Ähnliches gilt von den Kosten der Nahrungsmittel, die für den realen Wert des Lohnes von entscheidender Bedeutung sind. Von den Nahrungsmitteln ist der Brotpreis von 50 Pfg. auf 46 Pfg. für das Normalbrot

herabgesetzt worden unter gleichzeitiger Erhöhung des Gewichtes von 1225 auf 1250 Gramm. Das bedeutet eine Ermäßigung um 10 Prozent. Ferner soll in Zukunft das Brot einheitslich nach Gewicht verkauft werden. Damit wird einem lange gehegten Wunsche der Bevölkerung Rechnung getragen. Das Pfund Schweinefleisch ist um 5 Pfg. billiger geworden. Der Preis für Kartoffeln hat sich auf 23 bis 30 Pfennige für je 10 Pfund gesenkt gegenüber einem Preise von 40—45 Pfg. im Oktober d. J. Der Litterpreis der Milch ist für Berlin um 1 Pfg. auf 29 Pfg. gesenkt worden: im Oktober 1929 betrug er noch 32 Pfg. Dabei ist zu berücksichtigen, daß durch Einführung der Qualitätsbezahlung für Milch dem Handel Mehraufwendungen entstanden sind, auf deren Einrechnung in den Milchpreis er bei den Verhandlungen verzichtet hat. Bei Gemüse und Obst haben die Verkäufer eine Preisentung grundsätzlich zugefagt. Die Einzelheiten werden noch im Benehmen mit der Marktforschungsstelle geregelt.

Zunächst gelten diese Vereinbarungen nur für Berlin.

Das preussische Handelsministerium hat bei ihrem Zustandekommen mitgewirkt. Es wird dafür sorgen, daß auch die zuständigen Behörden im Lande in gleicher Weise eingreifen. Mit den Regierungen der anderen Länder wird die Reichsregierung selbstverständlich ebenfalls in diesem Sinne zusammenarbeiten.

Bedeutend ist in diesem Rahmen, daß der Deutsche Städtetag in Unterstützung der amtlichen Aktion inzwischensämtliche Stadtverwaltungen zu tatkräftiger Mitarbeit an dieser wichtigen volkswirtschaftlichen Aufgabe aufgerufen hat. Es ist nicht zu zweifeln, daß im Zusammenwirken aller Behörden die Bewegung eine starke Stütze findet, die auf die allgemeine Preisentung gerichtet ist.

Als weitere Beispiele für die Abwärtsbewegung der Preise seien erwähnt die Preisrückgänge der einzelnen Markenartikel auf dem Nahrungsmittelgebiete, wie Malz, Kaffee, Honig, Makaroni um 5 bis 12,7 Prozent. Auch einige andere Markenartikel sind dieser Bewegung bereits gefolgt, dies im Ausmaße von 5 bis 20 Prozent.

Auf dem Gebiete der Eisenverarbeitung beträgt die Preisermäßigung bei einer Anzahl von Waren 3/4 bis 10 Prozent, bei Messing- und Kupferfabrikaten 25 bis 40 Prozent, bei Aluminium 10 Prozent und bei den Erzeugnissen daraus 8 Prozent, Linoleum im Durchschnitt von 5,3 Prozent, einzelne Sorten von Zündhölzern von 8 bis 20 Prozent, Papier von 8 bis 10 Prozent auf. Orthopädische Hilfsmittel haben einen Preisabschlag von 8 Prozent, orthopädisches Schuhwerk einen solchen von 10 Prozent erfahren.

In manchen dieser und anderer Fälle werden sich die Abschlüsse vom Preise im Einzelhaushalt nur in Pfennigbeträgen auswirken. Wer sich der Inflationsfalle noch nicht entziehen kann, auf 5- oder 10-Pfennig-Beträge abzurunden, der wird genug Gelegenheit haben, den Erfolg der Preisentungen zu verkleinern. Tatsächlich ist aber die Zeit dazu zu erst. Auch der Bruchteil eines Pfennigs gewinnt in der Volkswirtschaft mehr Bedeutung denn je. Daher muß der Pfennig als Rechnungseinheit anerkannt und gewertet werden. Die erforderlichen Maßnahmen sind in Vorbereitung, die es ermöglichen sollen, dem auch im Zahlungsverkehr Rechnung zu tragen.

So wird der Kabinettsausschuss für Arbeits- und Preisfragen mit allem Nachdruck an die weitere Entlastung der Wirtschaft durch Preisermäßigungen herangehen.

Grundsätzliches zum Preisabbau

Der Begriff Preisabbau weckt vielfach falsche Vorstellungen. Jedes Unternehmen muß gewisse Ueberschüsse erzielen, wenn es bestehen und vorwärtskommen soll. Sind die Preise so, daß ein Unternehmen rückwärts wirtschaftet, geht es mit der Zeit zugrunde. Damit ist aber keineswegs gesagt, daß etwa von Staats wegen dafür gesorgt werden muß, daß die Preise so zu gestalten sind, daß alle vorhandenen Betriebe bestehen können. Das wäre — gelinde gesagt — eine Prämie auf Unwissenheit, Schlandrian und Nichtdienen.

Gehen denn — so muß man aber zunächst fragen — den Staat die Preise überhaupt etwas an? Es hat wirtschaftspolitische Richtungen gegeben, die dem Staat das Recht ab-

gesprochen haben, sich in die Gestaltung der Wirtschaft überhaupt einzumischen. Im freien Wettbewerb — so etwa sagten diese — regelte sich alles am besten, also auch die Preise. Aber die einzelnen Staaten haben sich das Recht, in Notfällen in den Gang der Wirtschaft einzugreifen, nicht nehmen lassen. In gewissen Formen haben sie in die Gestaltung der Preise eingegriffen (Zölle, Ausfuhrerleichterungen). Die in Deutschland bekannteste Form der Neuzeit war die Regelung gewisser Preise der Kriegs- und Nachkriegszeit. Ein Rest dieser Art besteht noch in der Wohnungszwangswirtschaft.

In der neueren Entwicklung hat sich eine neue Art von Zwangspreisen aufgetan, nämlich die gewisser privater

Verbände. Im großen tun das die Preisstellen, im Kleinen die Preisvorschriften der Innungen und besonderer Preisvereinigungen. Diese Art der Preisgestaltung lief mehr oder minder auf die Hochhaltung der Preise hinaus. Zwar bestreben sich auch manche, in dem Preiswettbewerb und Preisdurcheinander Ordnung zu schaffen und dem Schleuderspiel Einhalt zu tun, aber die Richtung ging doch im großen ganzen zur Hochhaltung der Preise. Und da ist doch mehr geschehen, als volkswirtschaftlich erwünscht ist. Hier soll also zugefaßt werden. Dazu kam ein anderes: Der Wettbewerb auf dem Weltmarkt und dann eine Massenarbeitslosigkeit sondergleichen. Der Preisabbau hat den Sinn: die Fessel der Preisbindungen zu lösen, der Preisverbilligung die Tore zu öffnen; sie soll die Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt erleichtern und die Arbeitslosigkeit eindämmen. Um dies zu erreichen sollen die Warenpreise, die Gehälter und Löhne gesenkt werden. Es wäre aber — und das kann nicht deutlich genug gesagt werden — nichts gewonnen, wenn die Warenpreise, die Gehälter und Löhne so gesenkt werden, daß alle (Warenpreise, Gehälter und Löhne) sich die Waage hielten. Also alles weniger kostete, aber auch alle Gehalts- und Lohnempfänger entsprechend weniger erhielten. Das wäre ein Abbau allenthalben, aber ohne jeden Sinn. Bei der jetzigen Bewegung muß die Kaufkraft gehoben werden. Das kann nur dadurch geschehen, daß die Waren billiger werden, die Gehälter und Löhne aber höher bleiben. Nur dadurch wird die Wirtschaft angekurbelt, daß der einzelne und die Gesamtheit mehr kaufen kann. Wo aber zuerst zusetzen?

Manche sagen, man müsse ganz vorne anfangen. Das wäre: bei der Förderung der Rohle, des Eisens, der Oele, bei der Beschaffung der Rohstoffe, dann bei der Güterherstellung im großen und kleinen, dann im Verkehrs-, Handels- und Geldgewerbe. Andere sagen, das sei nicht gut möglich, so erwünscht auch der Preisabbau von ganz vorne an sei; zweckmäßiger sei es, im Handel zuerst einmal ordentlich zuzugreifen. Die Preisspanne zwischen Erzeuger und letztem Verbraucher sei viel zu groß, es bleibe viel zu viel im Handel hängen. Also hier zuerst mit den entbehrlichen Zwischenstellen im Handel aufräumen, dann die Preisspanne zwischen Herstellern und Verbrauchern verringern, das helfe schon merklich. Inzwischen kann auch in der Förderung und in der Beschaffung der Rohstoffe und in der Güterherstellung das Nötige und Mögliche geschehen. Wie sieht dies nun in Wirklichkeit aus?

Kein Mensch will recht an den Preisabbau heran. Da aber diese Angelegenheit doch ernstere Formen angenommen hat, können die Beteiligten nicht einfach stillschweigen. Sie reden einmal vor allem. Die Reden sind: Bei uns geht es nicht. Wir haben gerade in letzter Zeit schärfstens kalkuliert und ohne Anregung oder Druck von außen her die Preise gesenkt. Andere erklären sich bereit, einige Prozente abzulassen. Das aber mit Vorbehalt und Vorbehalten. So etwa um 3, 5, 6 v. H. die Preise zu senken, aber in vier, sechs oder acht Wochen. Wie sich nun auch die einzelnen äußern: es geschieht meist widerwillig und knurrend. Manche prognostizieren auch, wie sehr sie schon im Preisabbau vorangegangen seien.

Ein Beispiel dafür: Der Reichsverband deutscher Lebensmittelbetriebe erklärte, daß bereits mehr geschehen sei, als die Äußerungen der Reichsregierung und die Verhandlungen des deutschen Städtetages erkennen ließen. Aus den Ermittlungen des Verbandes gehe hervor, „daß bei den wichtigsten Lebensmitteln eine Senkung der Kleinhandelspreise im Durchschnitt bei dem Filialbetrieb in Sachsen um 15,87 v. H., bei dem südwestdeutschen Filialbetrieb um 16,82, bei dem Filialbetrieb im rheinischen Industriegebiet sogar um 20,36 v. H. erfolgt sei“. Die Frl. Btg. bemerkt hierzu, daß diese Angaben nicht einwandfrei seien. Sie zeigt dies an diesem Beispiel: „Die Preisermäßigungen für Kristallzucker, Haserfloden, Reis, Eier, Margarine, Schmalz, Sauertraut, Zwiebeln, Kartoffeln, Brot, Makaroni, Malzkaffee, Erbsen und Heringe machen in der ersten Ausrechnung zusammen gerade soviel aus wie die Preisermäßigung für Haselnußkerne, nämlich 80 Pfennige. Im Rahmen des Gesamtumfanges aber und in der Auswirkung für den Haushalt werden Haselnußkerne wahrscheinlich höchstens einen geringen Promille-Satz der vorgenannten Produkte ausmachen. So lange der Lebensmitteleinzelhandel dem möglicherweise unzulänglich gewogenen, aber immerhin ge-

wogenen Lebenshaltungsindex des Statistischen Reichsamtes kein anderes statistisches Material gegenüberzustellen hat, wird man zu seinen Angaben über das weit stärkere Ausmaß der Preisentwertung leider wenig Vertrauen haben können.“ — Es kommt ja nicht so sehr darauf an, um wieviel die oder jene Ware gesenkt wurde, sondern darauf, wieviel die lebenswichtigen Güter im Preise gesenkt wurden. Es geht darum, die Kaufkraft zu stärken, die Kaufkraft ganz im allgemeinen.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels erklärt, daß sie „die politische Notwendigkeit einer Preisentwertung immer anerkannt und ohne damit eine „Vorleistung“ zu bringen, schon vor dem Beginn der politischen Preisentwertungsaktion, seit dem Sommer 1929 unter dem Druck der Wirtschaftsdpression die Preise der sinkenden Kaufkraft angepaßt“ habe. Diese Preisentwertungen hätten im kaufmännischen Lebensmitteleinzelhandel durchschnittlich 15 bis 20 v. H. betragen. Jede kartellierte Vereinbarung fehle im Einzelhandel. Auch Markenartikel des Massenverbrauchs seien im Preise heruntergegangen (16 bis 25 v. H.). Bei Textilien seien die Preise durchschnittlich um 15 v. H. geringer als 1929, bei Schuhen um 25 bis 30 v. H.

Im einzelnen werden dann Angaben über den Lebenshaltungsindex und ähnliche Verhältnisse gemacht, über den Rückgang des Umlages bei gleichbleibenden Generalunkosten. Es heißt dann, daß die Preisbildung im Einzelhandel im letzten Jahre keineswegs einer rechnerischen Abgeltung der Unkosten entspreche, sondern sie sei stets unter dem Druck der ständig zunehmenden Konkurrenz entsprechend der Marktlage vor sich gegangen. Soweit man noch von einer Ueberhebung des Handels sprechen könne, so sei diese durch verringerte Einkommen und Unterkonsum vieler Einzelhändler ausgeglichen worden. Für die Ausschleudung untauglichen Wettbewerbs sorgten die Konkurse. Im Jahre 1929 sei der Lebensmittelhandel an 13 000 Konkursen mit 5000 beteiligt gewesen. Der Einzelhandel erkenne die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen und politischen Förderung des Preisabbaus an, fordere aber gleichzeitig eine Senkung nicht nur der in fixen Kosten wirkenden Steuern und der die Lebensmittelpreise hochtreibenden Zölle, Frachten, Licht- und Krafttarife, sondern er wolle auch an die Senkung solcher Kostenelemente herangehen, die von der privaten Wirtschaft allein zu verantworten seien. Er wolle sich besonders mit den Banken über eine Kreditverbilligung verständigen. Dann solle die Buchführung verbessert werden und die nicht buchführenden Kaufleute hierzu veranlaßt werden. Verbilligung der Lagerhaltung würde erstrebt; darüber wolle man sich mit den Fabrikanten einigen. Die Verbraucher müßten aber auch eine „Verringerung der Auswahl in Kauf nehmen“. Senkung der Ladenmiete solle als Schutz gegen kurzfristige Kündigung geschaffen, das Zugabemessen soll bereinigt werden. Am meisten aber hält die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels von der fortschreitenden Unkostenkontrolle durch Betriebsvergleichungen. Auf diese Weise hofft man auch die Umschlaggeschwindigkeit zu erhöhen.

Aus diesen Äußerungen sieht man, wie sehr der Einzelhandel in die Verteidigung getrieben ist. Und das ist das Gute an den jetzigen Preisermäßigungsbestrebungen, daß sie zu verspürbaren Warenpreisverbilligungen drängen. Keine Bergewaltigung der Wirtschaft, aber Macht diesen Bestrebungen. Ausschaltung aller überflüssigen Handelszwischenstellen, Verringerung der Zwischen- und Unkosten, aber auch Verringerung allzu hoher Gewinne im Groß-, Mittel- und Kleinhandel. Die jetzigen Bestrebungen sollen in den Preisen säubern und reinigen. Aber die Verbilligung darf nicht auf Kosten der Qualität gehen. Wenn z. B. Lebensmittel von etwas geringeren Qualitäten auf den Markt kämen, so wäre das kein Fortschritt, und dasselbe gilt für die Bekleidung und Haushaltsartikel. Die Verbraucher müssen hierin aufpassen und sich gegen Verleumdungen wehren. Gemiß sollen auch Post und Eisenbahn mitwirken und die Zölle in den nötigen Schranken gehalten werden. Diese Bestrebungen sollen zu einem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt führen. Von diesem Ziel aus ist das ganze Werk zu betrachten. Soll es gelingen, muß jeder dabei mithelfen. Es braucht da, genau gesehen, niemand Opfer zu bringen, sondern nur jeder helfen, daß es vorwärtsgeht.

F. A. Besthold.

Christentum und Sozialismus

Eine mißglückte Spekulation

Der sozialistische Gesamtverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe, des Personen- und Warenverkehrs Düsseldorf hatte für den 14. November zu einer Versammlung in der Tonhalle aufgerufen, welche Stellung nehmen sollte zu dem Thema: „Kann ein Christ Mitglied der sozialistischen Gewerkschaften sein?“ Der sozialistische Gewerkschaftssekretär Koenen begründete die Notwendigkeit der Versammlung mit dem Hinweis, die christlichen Gewerkschaften würden die sozialistische Bewegung und damit auch die freien Gewerkschaften als antichristlich bekämpfen, und es sei an der Zeit, diese „irrig“ Auffassung richtig zu stellen. Von berufener Seite würde deshalb dargelegt werden, ob ein Christ Mitglied der sozialistischen Gewerkschaften sein könne. Diese Aufklärung sei für die christlichen Arbeiter zweckmäßig. Als Redner hatten die sozialistischen Gewerkschaften den evangelischen Pfarrer Frihe aus Köln gewonnen.

Wenn die gestellte Frage auch schon längst gegen den Sozialismus entschieden ist, so erhielt die Versammlung durch die Persönlichkeit des Redners immerhin eine gewisse Bedeutung, weil man eine grundsätzliche Auseinandersetzung zwischen Christentum und Sozialismus erwarten durfte. Pfarrer Frihe, ein ringender und ein um die sozialen Probleme unserer Lage interessierter Mann, setzte sich eingehend mit den Ursachen auseinander, die zur Bildung der modernen Arbeiterbewegung geführt haben. Er zeichnete zunächst richtig die ganze Trostlosigkeit, in der sich die Arbeiterschaft in materieller und seelischer Hinsicht bei Ausbruch des kapitalistischen Zeitalters befunden hat. Die religiöse Krisis jener Tage sei gefördert worden durch eine sich christlich nennende Ordnung, die aber in Wirklichkeit unchristlich wirkte, weil sie die Arbeiter zu Sklaven des Kapitalismus gemacht habe. Karl Marx hätte das unbestreitbare historische Verdienst, der Arbeiterschaft als erster klargemacht zu haben, daß die sozialen Zustände nur beseitigt werden könnten, nachdem sich die Arbeiterschaft zur Klasse zusammengefunden hätte. In dieser Erkenntnis liege die geistige Entstehung und gleichzeitig auch die Berechtigung der modernen Arbeiterbewegung.

Die bürgerliche Gesellschaft hätte kein Recht, das Begehren der Arbeiter nach Anerkennung, Lebenssicherung und Lebensentfaltung von vornherein als unchristlich abzulehnen. Es sei doch zuerst die Frage zu prüfen, ob der Lebensstempel der Arbeiter mit dem Evangelium Christi zu vereinbaren sei. Diese Frage sei vorbehaltlos zu bejahen, weil nach christlicher Auffassung die Wirtschaft den Menschen nicht beherrschen dürfe, sondern ihm dienen müsse. Das Christentum besahe das Eigentum nicht, um damit jenen, die es besitzen, die Herrschaft über die anderen zu gestatten. Jeder Mensch hätte schon von Natur aus Anspruch auf Eigentum, und die Bemühungen der modernen Arbeiterbewegung, auch der Arbeiterschaft einen gerechten Anteil aus dem Wirtschaftsertrag zu erkämpfen, seien nicht nur erlaubt, sondern wären eine christliche Verpflichtung, wenn der Arbeiter den Verantwortungen gegen sich selbst und gegenüber seiner Familie gerecht werden solle. Christentum bedeute also nicht

demütiges Anerkennen der Mächte der Ungerechtigkeit. Christus begreife, heiße entschlossen sein, mit ihm den Kampf gegen die Welt aufzunehmen.

Was die moderne Arbeiterbewegung brauche, sei der Glaube an die Welt, die von Christus komme. Wahres Christentum dürfe sich nicht beschränken auf kirchliche Übungen, es müsse Leben wecken und fühlbar werden auch in Werkstätten und Fabriken. Christentum sei daher jüttest Protest, Angriff auf die heutige Zeit. Dieses Christentum lebe in der Schicht der Arbeiter stärker als in manch anderen Gesellschaftskreisen. Deshalb sei der modernen Arbeiterbewegung eine große Mission aufgelegt. So die Hauptgedanken der „Agitationsrede“, die Pfarrer Frihe für die freien Gewerkschaften halten sollte. Diese Rede konnte von jedem, der guten Willens ist, verstanden werden.

Trotzdem forderte der Versammlungsleiter noch auf, zu der gestellten Frage, ob ein Christ freigewerkschaftlich organisiert sein könne, Stellung zu nehmen. Das wirkte nach dem Referat humoristisch und zeigte von nicht allzu vielem Begriffsvermögen. Die Antwort war durch das Referat selbst überzeugend gegeben, und sie lautete für jeden, der logisch denken konnte, so: Ein positiver und gewissenhafter Christ kann nie Mitglied der freien Gewerkschaften sein. Diese Antwort ergibt sich mit logischer Zwangsläufigkeit aus dem Wesen des Sozialismus selbst. Dazu bedurfte es keiner besonderen Versammlung. Ein Sozialismus, der Religion als „Opium für das Volk“ erklärt, der christliche Kirchen als „Berdummungsanstalten“ beschimpft, der die Priester als „Kapitalstreiche“ verschreit, der „den Himmel den alten Weibern und den Späßen überläßt“, der schließlich von sich selbst behauptet, daß er dem Christentum gegenüberstände wie Feuer und Wasser, ein solcher Sozialismus ist nicht imstande, der Arbeiterschaft zu geben, was Pfarrer Frihe fordert, nämlich „den Glauben an die Welt, die von Christus kommt.“

Diese Ueberzeugung wurde noch maßgeblich verstärkt, als der Vorsitzende in öffentlicher Versammlung erklärte, daß er selbst Dissident sei, was aber nicht so schlimm wäre, da man ihm nicht nachweisen könne, daß er die christliche Religion herunterreißt. So waren in der Tonhallenversammlung die Rege zum Fange weit ausgeworfen. Ein berufener und bedeutender Fischer sollte die Fischlein ins sozialistische Wasser treiben. Der Fischer aber wollte nicht Menschen im Reiz, er wollte ihre Freiheit, er zog die Schleusen, das Wasser lief ab, das sozialistische Werbeunternehmen kam auf den Sand, die Spekulation war mißglückt. Und also sprach ein christlicher Gewerkschaftler: „Ich danke Ihnen, Herr Pfarrer, daß Sie den Geist und das Wollen der christlichen Gewerkschaftsbewegung so deutlich zum Erlebnis gebracht haben.“ Der Pfarrer aber erwiderte: „Wollt ihr wirkliche Christen sein, müßt ihr wirken wie der Säuerreig.“ Jawohl! Diese Ermahnung wollen wir nicht nur dankbar aufnehmen, sondern auch bereit sein, den Sozialismus zu durchdringen und von innen her weiter zu besiegen mit christlicher Kraft.

Reichs- und Staatsarbeiter

Sitzung des Hauptbetriebsrats für den Bereich des RWM.

Am 30. und 31. Oktober fand im Reichswehrministerium eine Sitzung des Hauptbetriebsrats statt, an der außer den Hauptbetriebsratsmitgliedern auch die Vertreter der Taxifirmen teilnahmen. Zunächst wurde der Bericht des Geschäftsführenden Ausschusses erteilt. Hiervon war wichtig der Hinweis auf die Verfügung Nr. 462 auf Seite 143 des Heeresverordnungsblattes. Diese befragt, daß sämtliche Dienststellen verpflichtet sind, den Betriebsvertretungen alle Erlasse und Anordnungen des RWM, soweit sie allgemeine Arbeiter- und Angestelltenangelegenheiten betreffen, zur Mitbenutzung zuzuleiten. Auf Wunsch sind erforderlichenfalls Abschriften zu überlassen. — Weiter wurde erwähnt die Verfügung Nr. 377 auf Seite 120 des Heeresverordnungsblattes, die die Beschäftigungsgelder für die Arbeiter regelt, die von den Truppenteilen auf Marsche, zu Übungen usw. mitgenommen werden. — Die ungleiche Arbeitszeit, die besonders bei den Verpflegungssäckern zu finden ist, kann erst dann beseitigt werden, wenn überall elektrische Lichtanlagen eingebaut sind. Bis dahin wird sich an der verschiedenen Arbeitszeit im Sommer und im Winter nicht viel ändern lassen. — Der Hauptbetriebsrat hat eine Musterarbeitsordnung ausgearbeitet, die für die Verhandlungen mit dem RWM als Unterlage dienen soll. — Von der Verfügung Nr. 52 auf Seite 13 des Heeresverordnungsblattes, welche die Errichtung gemeinsamer Betriebsvertretungen zuläßt, ist ein

regler Gebrauch gemacht worden. Es haben errichtet Dienststellen oder Betrieb

| | | | | | | | |
|-----------------|----|------|----------|------------------|---|------|--------|
| im Wehkreise I | 36 | eine | gemeins. | Betriebsvertret. | 6 | eine | eigene |
| „ | „ | II | 88 | „ | „ | 5 | „ |
| „ | „ | III | 98 | „ | „ | 11 | „ |
| (ohne Berlin) | | | | | | | |
| in Berlin | 14 | „ | „ | „ | „ | 6 | „ |
| im Wehkr. | IV | 55 | „ | „ | „ | 4 | „ |
| „ | „ | V | 71 | „ | „ | 9 | „ |
| „ | „ | VI | 72 | „ | „ | 8 | „ |
| „ | „ | VII | 89 | „ | „ | 5 | „ |
| im Marinebezirk | | | | | | | |
| Ostsee | 11 | „ | „ | „ | „ | 4 | „ |

Das ist in anbetracht der kurzen Zeit von dem Zeitpunkt des Erlasses bis zu den Wahlen ein sehr gutes Ergebnis und hat zur Folge, daß weit mehr Arbeitnehmer in den Entlassungsschutz des Betriebsrätegesetzes kommen. — Ein sehr trübes Kapitel bilden die Entlassungen, die immer mehr um sich greifen. Hier von werden vor allen Dingen betroffen die Sattler durch die zunehmende Motorisierung der Reichswehr und die Schumacher durch die Einführung des Klebeverfahrens. Außerdem wird die Belegschaftszahl durch Mangel an Mitteln verringert. — Bei der Besetzung freigewordener Stellen müssen wir jedoch die Augen offen halten, da verschiedene Dienststellen dazu übergegangen sind, die freigewordenen Stellen durch Versorgungsanwärter zu besetzen. So ist z. B. in Swinemünde ein Kommandanturbefehl erlaßt

fen, daß in Zukunft nur noch Versorgungsanwärter eingestellt werden. Auch in Grafenwöhr werden Versorgungsanwärter schon bis zu drei Jahren beschäftigt. Ebenfalls ist man in Dresden dazu übergegangen, als Winterheizer Versorgungsanwärter einzustellen, während sonst aus anderen Dienststellen zur Entlastung gekommene Kollegen mit dieser Arbeit betraut wurden. — Es ist an einer Stelle vorgekommen, daß ein Sattlermeister in den Räumen der Heeresverwaltung eine Werkstatt aufgeschlagen und dort für das Reichswehrministerium gearbeitet hat. Er hat die Leute selbst eingestellt und sie von sich aus entlohnt und dafür vom RWM. einen bestimmten Zuschlag zu dem sonst üblichen Tariflohn erhalten. Es ist dann Streit darüber entstanden, ob die Arbeiter diese Dienstzeit als Reichsdienstzeit angerechnet erhalten könnten. Diese Frage mußte verneint werden, weil die Arbeiter nicht durch das Reich, sondern durch einen privaten Arbeitgeber eingestellt wurden. Sie fallen somit auch nicht unter den T.M. — In der Aussprache wurde zu den einzelnen Punkten noch besonders Stellung genommen.

Besonderes Interesse erwecken die Punkte der Tagesordnung, die sich mit der Herabsetzung der Arbeitszeit und dem Abbau aller über 65 Jahre alten Arbeitnehmer befassen, die Anspruch auf laufende Unterstützung aus Kap. VII, 6 Titel 4 des Reichshaushalts haben. Es wurde grundsätzlich die Auffassung vertreten, daß die Arbeitszeit auf 48 Stunden wöchentlich herabgesetzt werden soll, wenn das noch nicht geschehen ist, um Entlassungen zu vermeiden. Aus demselben Grunde wurde auch einmütig die Auffassung vertreten, daß die über 65 Jahre alten pensionsberechtigten Arbeitnehmer entlassen werden sollten, um Entlassungen von Familienvätern zu vermeiden, bzw. um solche einstellen zu können. So wurde z. B. in Wilhelmshaven 1015 pensionsberechtigten Arbeitnehmer entlassen, um Entlassungen jüngerer Kollegen mit Familie zu vermeiden.

Weiterhin wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Schaffung von Ausgleichstellen angestrebt werden soll, die für den Austausch von entlassenen Arbeitnehmern zu sorgen hätten.

Nach Beendigung der allgemein internen Aussprache fand eine Besprechung mit den Vertretern des Reichswehrministeriums und der Marine statt. Der Vertreter des Reichswehrministeriums gab zwar zu, daß neben der 48stündigen Arbeitswoche noch 51, 54 und sogar bis zu 60 Stunden wöchentlich gearbeitet würde. Er sei jedoch grundsätzlich für die Einführung einer 48stündigen Arbeitswoche, soweit sich das technisch ermöglichen lasse. Der Vertreter der Marine betonte, daß er der Frage der Arbeitszeitverkürzung nur dann zustimmen könne, wenn sich dadurch eine Ersparnis an der Lohnsumme erzielen lasse. So lange noch 60 Stunden bezahlt werden müssen wenn nur 48 Stunden gearbeitet werden, wäre an eine Arbeitszeitverkürzung im Bereich der Marine nicht zu denken. Teilweise sei die Arbeitszeit von 51 auf 50 Stunden herabgesetzt worden. Bevor die Regierung nicht generell eine 48stündige Arbeitszeit festsetze, könne er sie nicht einführen.

Die Verfügung Nr. 349 im Heeresverordnungsblatt Nr. 17 über die Arbeitszeit der Reinemachefrauen soll noch einmal nachgeprüft werden, weil die dort angegebenen Arbeitszeiten nicht praktisch durchführbar sind.

Bei den Kraftfahrabteilungen sind auch Entlassungen vorgekommen, weil die Vorräte um 10 Prozent gesenkt worden sind. Außerdem wurden durch Werkstättenzusammenlegung einige Arbeitskräfte gespart.

In verschiedenen Fällen wurden bei der Zahlung des Krankenzuschusses auch die Leistungen aus der Invalidenversicherung abgezogen. Es wurde klargestellt, daß laut § 27 T.M. nur das fahungsgemäße Krankengeld und keine anderen Bezüge auf den Krankenlohn angerechnet werden können. Ein Antrag, daß die Treckerfahrer Lederanzüge

haben sollten, wird an die Bekleidungsabteilung zur Entscheidung weitergeleitet.

Eine Anfrage, ob Zuschüsse aus dem Wohlfahrtsfonds auch an einzelne Personen gegeben werden dürfen, wurde dahin beantwortet, daß das nicht statthaft sei.

Auf eine Klage, daß eine Dienststelle die Zuschulden nicht rechtzeitig beantragt hatte, wodurch die betreffenden Kollegen um die Zuschulden für einen Monat gekommen sind, wurde versprochen, die Dienststellen durch eine Verfügung anzuweisen, den Antrag auf Zuschulden sofort nach dem Ausscheiden zu stellen.

Am 2. Tage fand unter der Führung des Herrn Major Guje eine Besichtigung des Zeugamtes Spandau statt. Es konnte dabei festgestellt werden, daß sich der Betrieb in einem musterzügigen Zustand befand und in der Lage ist, noch weit mehr Arbeiten auszuführen, als ihm z. Z. übertragen sind. Je mehr Arbeitskräfte er beschäftigt, um so größer ist selbstverständlich die Rentabilität des Betriebes. Es erfüllt einen mit Bedauern, wenn man die z. T. ziemlich leeren Säle mit gut eingerichteten Maschinenpark sieht und hört, daß diese Säle durch Streichungen der Etatmittel zustande gekommen sind. Es ist sowohl im Interesse des Betriebes als auch im Interesse der beteiligten Arbeiterschaft dringend zu wünschen, daß diese Säle bald wieder ausgefüllt werden. Das Reichswehrministerium trägt damit zur Entlastung des Arbeitsmarktes bei und vermindert zugleich seine Ausgaben.

Statt oben abzubauen fängt man unten an

Am 3. Oktober d. J. wurde vor dem Arbeitsgericht in Glatz gegen den Heeresfiskus 2. Jägerbataillon 7. preuß. Infantr.-Regt. wegen Entlassung von vier Zivilhandwerkern verhandelt.

Zu dieser Entlassung wurde von seiten des Heeresfiskus folgende Begründung angeführt: Wegen Verlegung der Minenwerfer-Kompanie nach Schweidnitz und Kommandierung der 6. Kompanie nach Berlin tritt in der Zahl der Beschäftigten eine Verminderung ein. Trotz Verhandlung zwischen der gesetzlichen Betriebsvertretung und dem Heeresfiskus verneinte selbiger die Mitnahme der gekündigten Handwerker nach Schweidnitz. Es kam soweit, daß man Handwerker mit zehn und mehr Dienstjahren ohne Rücksicht auf ihr Dienstalter einfach auf die Straße setzte. Jedoch hatte der Heeresfiskus die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die gekündigten Handwerker — außer einem im Zentralverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Verwaltungen organisiert — erhoben Einspruch bei der Betriebsvertretung und klagten auf Wiedereinstellung oder Entschädigung. Vertreten wurden die Handwerker durch den Bezirksleiter des Verbandes Kollegen Kupiper, Breslau. Selbiger hat es verstanden, dem Gerichtshof sowie dem Heeresfiskus als Beklagte auf die schwere wirtschaftliche Notlage der Grafschaft Glatz als Notgebiet aufmerksam zu machen, und erwähnte außerdem, daß es eine Härte ist, Arbeitnehmer mit soviel Dienstjahren ohne Rücksicht auf ihren Ruhestandsanspruch zu entlassen. Das Gericht hat durch Beschluß festgestellt, daß die Entlassung auf Grund des § 84 Ziffer 4 B.M. eine unbillige Härte darstelle und verurteilte in zwei Fällen den Fiskus zur Wiedereinstellung oder Zahlung einer Entschädigung von 500 M. Bei dem dritten Kollegen war es auf Grund der wenigen Dienstjahre (drei) nicht möglich, ebenfalls einen so günstigen Beschluß herbeizuführen. Das Arbeitsgericht entschied in dieser Angelegenheit zu Gunsten der Beklagten.

Trotzdem war dieser Fall in seiner Gesamtheit gewertet, ein Erfolg für unsere Organisation, denn das Wehrkreise-Verwaltungszweigamt Breslau als vorgelegte Dienstbehörde verweigerte dem Bataillon die Auszahlung der Entschädigungssummen und zwang selbiges, die entlassenen Handwerker wieder einzustellen und mit nach Schweidnitz zu nehmen. Das Prinzip des Heeresfiskus unten abzubauen ist in diesem Falle nicht gelungen; es wird ihm auch auf weiteres versagt bleiben, so lange die Kollegen zusammenstehen und der Organisation treu bleiben.

Arbeitszeitverkürzung und Lohnabbau bei den Kommunalbetrieben

Der Vorstand des Reichsverbandes kommunaler und anderer öffentlicher Arbeitgeberverbände Deutschlands e. V. (Reichsarbeitgeberverband) hat sich in seiner Sitzung am 15. November mit den Fragen der Lohnpolitik und der Arbeitszeitverkürzung beschäftigt.

1. Der Vorstand ist aus allgemeinen und sozialpolitischen Erwägungen bereit, seinen Mitgliedern als vorübergehende Maßnahme dringend zu empfehlen, daß sie zwecks Einstellung weiterer Arbeitskräfte aus der Zahl der Wohlfahrtsarbeitslosen eine Verkürzung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich überall da einführen, wo die betriebstechnischen und wirtschaftlichen Verhältnisse solche ermöglichen.

Wo infolge Arbeitsmangels eine volle Beschäftigung der Belegschaft nicht mehr möglich ist, wird von den einzelnen Verwaltungen erwartet, daß sie, soweit solches möglich,

vor Arbeiterentlassungen eine Streckung der Arbeit vornehmen. Der Reichsverband wird mit den Gewerkschaften sofort die erforderlichen zentralen Besprechungen aufnehmen.

Zugleich sollen die Reichs- und Staatsbehörden ersucht werden, in gleicher Richtung in ihren Betrieben vorzugehen.

2. Alle Bestrebungen auf Senkung der Preise, besonders auf dem Gebiete des notwendigen Lebensbedarfs, sind nachdrücklich zu unterstützen. Von den Mitgliedern des Reichsverbandes wird erwartet, daß sie im Zusammenhang mit der in der öffentlichen Wirtschaft und der Privatwirtschaft eintretenden Lohnentwicklung die sich hieraus ergebenden Folgerungen ziehen werden.

Wir meinen: Es ist richtiger aus der „Preispolitik“ die sich „ergebenden Folgerungen“ zu ziehen, denn letztlich ist der Lohn eine „Preisfrage“.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Elektrischer Strom als internationaler Handelsartikel

Infolge des Ueberganges von örtlichen Elektrizitätswerken zu Großkraftanlagen an den jeweils günstigsten Produktionsstätten, ist der elektrische Strom ein internationaler Handelsartikel geworden. Vor allem findet ein reger Austausch zwischen Wasserkraft- und Kohlenstrom statt. Den Umfang des deutschen Stromhandels zeigt uns folgendes Bild:

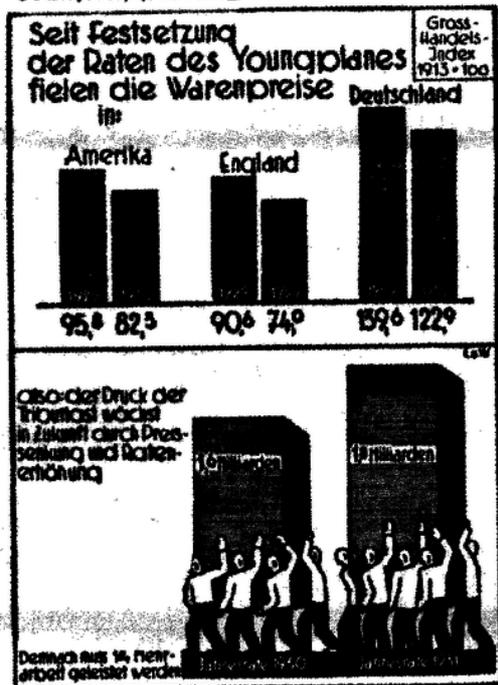
| Land | Abgabe 1000 kWh | Bezug |
|------------------|--------------------|---------|
| Frankreich | 60 314 | 50 133 |
| Polen | 51 778 | 2 637 |
| Schweiz | 42 809 | 165 994 |
| Tschechoslowakei | 19 056 | 22 |
| Oesterreich | 3 226 | 32 749 |
| Saargebiet | 629 | 50 655 |
| Nemelland | 16 | — |
| Holland | — | 37 |
| Insgesamt | 177 828 | 302 227 |

Unser Bezug an elektrischen Strom vom Ausland ist also erheblich größer als unsere Abgabe dorthin, wovon die Alpenländer mit ihren Wasserkräften den Hauptanteil liefern, daneben noch die Kohlengruben des Saargebiets. Einen Ueberschuss im internationalen Stromtausch verzeichnen wir hauptsächlich bei Polen und der Tschechoslowakei. Am meisten Strom geben wir nach Frankreich ab, beziehen aber auch sehr viel von dort. Der ebenfalls sehr hohe Abzug nach der Schweiz macht nur ein Viertel dessen aus, was wir von derselben an Strom beziehen. In diesen Ziffern spiegelt sich am besten das Streben nach der jeweils günstigsten Produktion wieder.

Retardistern

Die Zeiten der Inflation sind vorüber und kehren hoffentlich niemals wieder; doch erinnert man sich der damaligen

Kaufkraftmärkung und Youngplanrate



Als im Frühjahr 1929 die Sachverständigen in Paris den Youngplan aufbauten, glaubten sie an die hauptsächlich von amerikanischen Volkswirtschaftlern vertretene Theorie, daß sich in der Preisentwicklung nichts mehr ändern werde. Dagegen trat aber auf dem Weltmarkte ein allgemeiner Preisrückgang ein, der sich so auswirkte, daß im Durchschnitt bis jetzt das Preisniveau um weit über 10 Prozent sank. Die jährliche Durchschnittsrate des Youngplanes von zwei Milliarden hat also heute einen wesentlich höheren Wert als vor 1 1/2 Jahren. Wir müssen die mehr Waren exportieren, um diese Reparationszahlungen aufzubringen. Dabei weiß man nicht, ob die Preise nicht noch weiter sinken werden, und jetzt schon kann man sagen, daß bald um ein Viertel Mehrarbeit notwendig ist, um die Youngrate aufzubringen, als zur Zeit ihrer Festsetzung. Wir müssen auch immer größere Mengen von Waren auf dem Weltmarkt unterbringen, wenn wir die Youngraten aufbringen wollen, und dadurch muß sich die Lage auf dem Weltmarkte weiter verschärfen.

Zahlenbegriffe wieder, wenn man die Ziffern sieht, mit welchen die Großbetriebe der Elektrowirtschaft ihren Stromabzug befanntgeben. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht der Bericht, den das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk über sein am 30. Juni 1930 abgelaufenes letztes Geschäftsjahr gegeben hat.

Es fällt dem Leser schwer, mit den hier genannten Werten eine hinreichende Vorstellung zu verbinden. So sind allein für Lichtzwecke 144 Millionen kWh abgegeben worden. Man stelle sich vor, daß mit dieser Energie ein Jahr lang nicht weniger als 2 500 000 Glühlampen zu 40 Watt täglich 4 Stunden brennen können. Doch beträgt diese Lichtstromabgabe nur etwa 5 Prozent der gesamten Stromabgabe, die für den gleichen Zeitraum mit 2,78 Milliarden kWh angegeben wird.

Fakt man weiter die gesamten Konzernunternehmungen des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerkes zusammen, so ergibt sich eine Zahl von über 3,5 Milliarden kWh, die an das Netz abgegeben wurden. Wird dem die öffentlichen Stromerzeugung Deutschlands gegenübergestellt, die im Jahre 1929 16,4 Milliarden kWh betrug, so heißt das, daß auf das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk über ein Fünftel dieser Energiemenge entfällt.

Sind diese Zahlen wahrhaftig gigantisch, so braucht auch nicht zu verwundern, daß der Umfang der Betriebsmittel recht erhebliche Werte aufweist. So verfügt laut Ausweis des Geschäftsberichtes das Goldenberg-Werk als größtes deutsches Elektrizitätswerk über eine Maschinenleistung von 500 000 kW, während die Leistung sämtlicher Kraftwerke 1 280 000 kW beträgt. Auch die zur Fortleitung der großen Energiemengen benötigten Leitungen weisen respektable Ziffern auf. Allein das Hochspannungsnetz entspricht bei einer Länge von insgesamt 17 000 Kilometer fast der Hälfte der Äquatorlänge, davon besitzen die 110 000 und 220 000 Volt-Leitungen zur Zeit allein 4800 Kilometer, also mehr, als die Entfernung zwischen Nordkap und Gibraltar beträgt.

10 Prozent Dividende beim RWE.

In der Aufsichtsratsitzung der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke A.-G. Essen, deren Aktien sich fast ausschließlich in Händen öffentlicher Körperschaften befinden, wurde beschlossen, die G.-V. auf den 28. November einzuberufen. Der Stromabzug, der bei normaler Entwicklung drei Milliarden Kilowattstunden erreicht haben würde, ist infolge des Konjunkturrückganges in der zweiten Hälfte des am 30. Juni 1930 abgelaufenen Geschäftsjahres 1929/30 von 2 067 000 000 Kilowattstunden im Vorjahre auf 2 782 000 000 Kilowattstunden gestiegen, d. h. um rund 34 Prozent. Die Steigerung übertrifft aber damit immer noch den Zuwachs des Vorjahres, der 600 Millionen Kilowattstunden betrug, um rund 100 Millionen Kilowattstunden. Hierbei ist die Konzernlieferung nicht mit eingerechnet, die mit über 3,5 Milliarden ins Stromnetz geschickten Kilowattstunden auch weiterhin an der Spitze der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Deutschlands steht.

Die Bilanz weist einen Betriebsgewinn von 72 083 923 Mark (i. B. 60 667 209 Mark) aus. Nach Ausschreibungen in Höhe von 24 620 000 Mark (21 620 000), nach Absetzung der Verwaltungskosten, Zinsen und verschiedenen Ausgaben von 20 998 500 Mk. (18 741 242) sowie nach Zuweisung von 500 000 Mark (1 Mill. M.) an die Alfred-Thiel-Stiftung für Wertsangehörige verbleibt ein Ueberschuss von 25 982 657 Mark (20 325 882), aus dem eine Dividende von wieder 10 Prozent, und zwar auf das volle Aktienkapital von 248 Millionen Mark, nach dem Vorschlage des Aufsichtsrates zur Verteilung gelangen soll.

Bezirks- und Ortsgruppenberichte

Verwaltungsstellen-Konferenz Bonn. Am 26. Okt. fand in Bonn unsere diesjährige Verwaltungsstellen-Konferenz statt, welche von allen Ortsgruppen sehr zahlreich besucht war. Eingangs der Tagung gedachte der Vorsitzende, Kollege Andreas Marx, der toten Bergknappen im Müldorf und im Saargebiet. Die Versammelten ehrten das Andenken dieser Helden der Arbeit durch Aufstehen von ihren Sitzen. Besonders erhebend wirkten im Anschlusse daran verschiedene von dem Quartettverein der Bonner Straßenbahner vorgetragene Lieder, die auf Bergknappentropfen zugestimmt waren, wofür an dieser Stelle dem Quartettverein der Bonner Straßenbahner, besonders aber dem Herrn Dirigenten Paul Dreuer, Bonn, gedankt sei.

Zur Tagesordnung der Konferenz übergehend gab der Geschäftsführer der Verwaltungsstelle, Kollege Wolf, den Jahresbericht. Demselben war zu entnehmen, daß trotz der wirtschaftlichen Schwierigen Verhältnisse, die sich vorwiegend im letzten Jahre in den Kommunen bemerkbar machten, die Mitgliederzahl gegenüber dem Stande vom 1. Oktober 1929 um 108 sich gehoben hatte. Am Schlusse des zweiten Quartals 1930 zählt die Verwaltungsstelle 928 Mitglieder. Neugeworben wurden in der Berichtzeit die Ortsgruppe Schweller, die einen Mitgliederbestand von 30 aufzuweisen hat. Ferner wurde die Ortsgruppe Gualdigen Gemeindearbeiter und Erziehungsausschuß im Laufe der Berichtzeit der Verwaltungsstelle Bonn angegliedert. Sowie die Mitgliedsverhältnisse sich entwickelten, hatten auch die Einnahmen der Verwaltungsstelle eine steigende Tendenz zu verzeichnen. Innerhalb der Berichtzeit fanden insgesamt statt: 126 Ver-

Jammlungen, 86 Verhandlungen, 88 Sitzungen und 8 Konferenzen. An Post-Aus- und Eingängen waren insgesamt 2644 zu verzeichnen. In den Betriebsratswahlen übergehend erläuterte Kollege Wolf, daß in 24 Betrieben innerhalb der Verwaltungsstelle 116 Betriebsratsmitglieder vorhanden sind, wovon auf unseren Verband 65 entfallen. In 14 Fällen stellen wir den Vorsitz des Betriebsrates. Außerdem hat unser Verband in diesem Jahre in der Stadt Bonn wiederum den Vorsitz des Gesamtbetriebsrates in der Hand.

Einen sehr breiten Raum nahmen im Laufe der Berichtszeit die Einschränkungsmaßnahmen ein. Die Arbeitszeit für die gesamten Bonner Straßen- und Fernbahnen einschließlich Verkehrs-gesellschaft wurde im Laufe der Berichtszeit von 9 auf 8 Stunden verkürzt. Hierdurch wurde allein bei den Bonner Straßen- und Fernbahnen einschließlich Verkehrs-gesellschaft 136 807,90 M. an Lohngebern eingespart. Außerdem wurden entlassen in folgenden Betrieben:

| | | |
|----------------------------|----|---------------|
| Neuel Straßenbahner | 52 | Kollegen |
| Bonn Straßenbahner | 23 | " |
| Bonn-Godesberg-Rehmer Bahn | 18 | " |
| Verkehrsgesellschaft | 23 | " |
| Gastwert Bonn | 11 | " |
| Bonn | 4 | " |
| Oberassel | 1 | " |
| Siegburg-Hündorfer Bahn | 2 | " |
| Siegburg-Gastwert | 2 | " pensioniert |
| Ahrweiler | 5 | " |

Es wurden also insgesamt entlassen im Laufe der Berichtszeit 141 Kolleginnen und Kollegen. Aus diesen Zahlen geht hervor, wie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse auf die städtischen Betriebe ihre Auswirkung haben. Mit banger Sorge sehen wir deshalb den kommenden Dingen entgegen, weil ja durch das stete Anwachsen der Arbeitslosigkeit die Wohlfahrtslasten der einzelnen Kommunen auf das Äußerste angepannt werden. Es darf aber auch an dieser Stelle gesagt sein, daß es nimmermehr an der Zeit wäre, den Sparhebel nicht allein bei der Arbeiterschaft anzusetzen, sondern verlangen wir als christlich organisierte Arbeiterschaft, daß die gesamte Bürgerschaft der einzelnen Kommunen sich an den Sparmaßnahmen beteiligt. Wenn es schon richtig ist, daß wir in wirtschaftlich abnormen Verhältnissen leben, so haben alle Kreise der Bevölkerung dazu beizutragen, daß die Finanzen in Ordnung gebracht werden. Es darf nicht angehen, daß lediglich in den einzelnen Kommunen die Arbeiterschaft die Leidtragende sind.

Im Anschluß an den Bericht des Kollegen Wolf nahm unser Bezirksleiter Kollege B e d e r das Wort zu seinem Vortrage. Insbesondere freute er zunächst die Entwicklungen der einzelnen Ortsgruppen. Die Feststellung konnte gemacht werden, daß in den kleineren Ortsgruppen alle beschäftigten Gemeindeglieder dem Verbands angehören, während in den größeren Städten dieses nicht zu verzeichnen sei. Hier müßte in der Folgezeit unter allen Umständen versucht werden, die Unorganisierten für die Gewerkschaftsbewegung zu gewinnen. Aufgabe aller Vorstände sei es, dabei tatkräftig mitzuarbeiten. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Redners, indem er eingehend auf die Verhältnisse in den öffentlich-rechtlichen Betrieben einging. Die totale Arbeitslosigkeit mache sich auch in verstärktem Maße bei den Kommunen bemerkbar. Fast in allen Städten sind in den letzten Monaten Entlassungen vorgenommen sowie an vielen Orten Feierschichten eingelegt worden. Unter lebhaftem Beifall aller Konferenzteilnehmer schloß Kollege B e d e r seine Ausführungen mit der Mahnung, an der Ausbreitung und Festigung des Verbandes mitzuarbeiten, um in der Zukunft allen Kämpfen mit aller Ruhe entgegengehen zu können.

Eine lebhafte Aussprache folgte auf die beiden Vorträge. Selbige war getragen von dem festen Willen für die weitere Ausbreitung unseres Verbandes auch in der Zukunft Sorge zu tragen.

Nachdem Kollege W o l f allen Vorstandsmitgliedern und Mitarbeiter für die rege Mitarbeit gedankt hatte, schloß um 4 Uhr der Vorsitzende Kollege M a r z die Konferenz mit dem Wunsche, daß es uns vergönnt sein möge, die nächste Verwaltungsstellen-Konferenz in wirtschaftlich besseren Zeiten abhalten zu können.

Bonn. Am 16. November sprach Kollege W i t t e l i n d in einer Mitgliederversammlung über die Einführung der Invalidenunterstützung im Verband. Er legte die Gründe dafür dar und erläuterte an Hand der Aussagen diese neue Unterstützungs-Einrichtung. Die in der Diskussion gestellten Anfragen konnten zur Zufriedenheit der Kollegen beantwortet werden. Der anwesende Stadtrat Kollege S r e b s sprach ebenfalls für Einführung der Invalidenunterstützung und berichtete weiterhin über wichtige Angelegenheiten der städtischen Arbeiter. Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine interessanten Ausführungen, besonders aber für sein jederzeitiges Eintreten für die städtischen Arbeitnehmer. Anschließend an die Versammlung fand die Ehrung der beiden Jubilare, der Kollegen W o l f s c h u b a c h e r und W i s s t a n t statt. Der Vorsitzende überreichte denselben im Auftrage des Zentralvorstandes eine silberne Nadel und ein Budgetgehör, der Kassierer im Namen der Ortsgruppe ein geschmücktes Kränzchen. Kollege W i t t e l i n d hielt eine glänzende Festrede, in der er die Notwendigkeit des Bestehens der christlichen Gewerkschaften beleuchtete. Ein Prolog, von der Kollegin D e c h w a l d vorgelesen, verhönte die Feier. Kollege W i s s t a n t dankte für die Glückwünsche und Geschenke und verabschiedete auch weiterhin für unsern Verband einzutreten.

Wirmans. Am 29. November hielt die hiesige Ortsgruppe eine gut besuchte Versammlung ab. An Stelle des verhinderten Kollegen S a n e r erschien Stadtrat D o r t e r, Bezirksleiter des christlichen Bedenarbeiterverbandes, der ein Referat über die derzeitige Wirtschaftslage hielt, worunter alle Schichten der Bevölkerung zu leiden haben, das auslaßte in der klaren Begründung der unbedingten Notwendigkeit der Ausbreitung der Verbände. Auch als Stadtrat war Redner in den Lage, Aufklärung über Kommunalpolitik und ganz besonders über die Lage unserer Stadt zu geben. Die Ausführung des Referenten fand große Aufmerksamkeit und am Schluß harter Beifall. Der Vorsitzende dankte in warmen Worten dem verdienten Anwalt unserer Sache. Nach Erörterung vieler lokaler Angelegenheiten, für deren Abklärung das

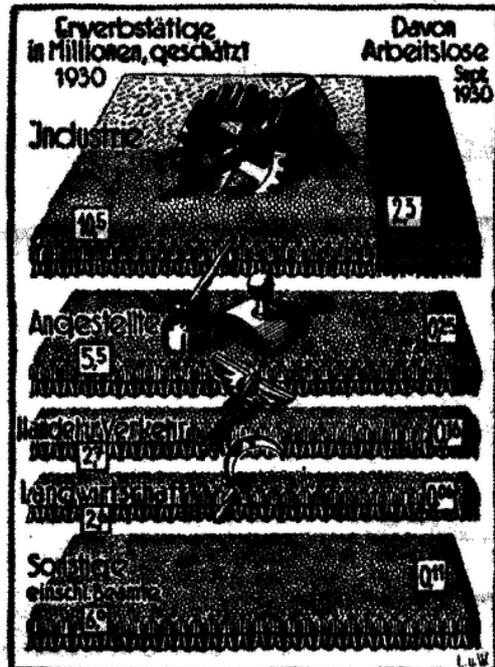
Förderung der Referent versprach sich einzusetzen, fand die schön verlaufene Versammlung ihren Schluß.

Bildesheim. Am 16. November fand eine Versammlung sämtlicher Berufsgruppen der Ortsgruppe statt, die seit langer Zeit wieder erfreulich gut besucht war. Bezirksleiter Kollege W e l l m a n n nahm in längeren Ausführungen zur gegenwärtigen Wirtschaftslage Stellung, von der auch die Arbeitnehmer in den öffentlichen Betrieben nicht unberührt blieben. Die im Rahmen des Regierungsprogramms liegende Lohnsenkungaktion, die gleichzeitig zu einer Preissteigerung führen sollte, mache sich leider bisher nur einseitig bemerkbar. Die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe haben sich gegenüber den Arbeitnehmern der Privatindustrie zu sehr in Sicherheit gewiegt, die sehr stark in einer Gleichgültigkeit zur gewerkschaftlichen Standesorganisation zum Ausdruck kam. Die Arbeiterschaft befindet sich gegenwärtig und in der nächsten Zukunft in einem Abwehrkampf gegenüber dem Unternehmertum. Der Kampf geht nicht allein um die Sozialgesetzgebung, sondern nunmehr auch um den Reallohn der Arbeiter. Der Reichsarbeitsgeberverband erwartet nach einem Vorstandsbeschluss von seinen Mitgliedern, daß sie im Zusammenhang mit der in der öffentlichen Wirtschaft und der Privatwirtschaft eintretenden Lohnentwicklung die sich hieraus ergebenden Folgerungen ziehen werden. Das ist deutlich genug und wird hoffentlich von jedem Kollegen verstanden. Also hinweg mit der Gleichgültigkeit, beziehe jeder seinen Kampfsposten, der ihm in seiner Organisation zugewiesen ist.

Redner behandelte dann die am 1. Januar 1931 zur Einführung gelangende Invalidenunterstützungskasse. Die augenblicklichen Vorgänge bewiesen die Notwendigkeit dieser Selbsthilfe. Eingehend wurden Aussagen und Uebergangsbestimmungen durchgesprochen. Die sehr lebhaft geführte Aussprache bezog sich auf die praktische Anwendung und Auslegung einzelner Paragraphen. Die Notwendigkeit der Einführung wurde von der Versammlung einstimmig anerkannt.

Nach dem Referat des Kollegen W i s s t a n t schloß der Vorsitzende Kollege R u m p f den geschäftlichen Teil der Versammlung und leitete zur Jubilarehrung über, die durch ein Begrüßungsgedicht der Gesangsabteilung des Gesellenvereins eingeleitet wurde. Kollege W e l l-

Wer ist arbeitslos?



Um die Möglichkeiten zu überblicken, die sich für eine Verminderung der hohen Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung ergeben, ist die berufliche Zusammensetzung der Arbeitslosen von größter Bedeutung. Bei den Arbeitslosen wurde gezählt, daß von den circa 2,9 Millionen Arbeitslosen, 2,3 Millionen Industriearbeiter waren. In den übrigen Gruppen dürfte eine Arbeitszeitverkürzung kaum möglich sein, da die zu leistende Gesamtarbeit in einer bestimmten Zeit geleistet werden muß, oder eine volle Arbeitsleistung ist nur nach längerer Einarbeitung möglich, wie z. B. bei den kaufmännischen Angestellten. Berücksichtigt man nun noch, daß nach den Angaben der Gewerkschaften zu Schätzen, circa 1,8 Millionen Industriebeschäftigte verkürzte Arbeitszeit haben, so ergibt sich, daß nur noch circa 6,5 Millionen Industriebeschäftigte von circa 10,5 Millionen in Deutschland vorhandenen Industriebeschäftigten voll beschäftigt sind. Würde man also für diese vollbeschäftigten Arbeiter, die Arbeitszeit um 15 Prozent, also von 48 auf 40 Stunden kürzen, so ergäbe sich rein rechnerisch, daß circa 700 000 Arbeiter neu eingestellt werden können. Und technischen Gründen (Betriebsmittel usw.) dürfte aber nicht einmal diese Zahl durch eine Arbeitszeitverkürzung voll erreicht werden.

man überbrachte den sieben Jubilaren die Grüße und Glückwünsche des Zentralvorstandes und des Vorstandsvorsitzenden und fügte die Glückwünsche der Bezirksleitung hinzu. Mit herzlichen Worten dankte er ihnen für ihre Arbeit, die sie im Dienste der Gewerkschaftsbewegung für den Aufstieg der Arbeiterschaft geleistet haben und für die Opfer, die damit verbunden waren. Bittere, aber auch freundliche Erinnerungen werden nach. Stolz und Freude empfinde jeder, der heute Umstand hält, ob des Erfolges der Gewerkschaftsbewegung. Die augenblickliche Zeit gemahne die jüngeren Kollegen, daran zu denken, daß auch sie einstmal Rechenschaft abzugeben haben, ob sie das Erbe der Väter richtig verwaltet hätten. Die augenblickliche und künftige Zeit brauche Männer, die zu kämpfen verstehen. Den Jubilaren wurde die Silbernadel und ein Ehrengeschenk überreicht. Namens der Ortsgruppe Hildesheim sprach dann noch der Vorsitzende. Desgleichen überbrachte auch der Vorsitzende der Ortsgruppe Hannover, Kollege D r e w e r, die herzlichsten Glückwünsche. Namens der Jubilare sprach der frühere Vorsitzende, Kollege G a r m s, und gelobte weiterhin treue Mitarbeit, soweit es noch in den Kräften der Jubilare liege. Noch einige gemütliche Stunden verbrannten, ausgefüllt durch die Darbietungen der Gesangabteilung.

Härnberg. Am 23. November hatte unsere Ortsgruppe zu einer Familienfeier eingeladen, um die drei Jubilare, den Vorsitzenden unserer Ortsgruppe den Kollegen G a m e r sowie die Kollegen S a b n e r und D e c h t zu ehren. Bezirksleiter Wittelkind hielt eine Ansprache, in der er treffend den Terror der sozialistischen Gewerkschaften gegenüber den „Christen“ und die Arbeitsverhältnisse vor 25 Jahren schilderte, wo der Arbeiter nur Pflichten, aber keine Rechte hatte, während ihm heute Betriebsräte, Schiedsstellen und Arbeitsgerichte zur Seite stehen. Im Namen des Zentralvorstandes überreichte Kollege Wittelkind dem Vorsitzenden die Ehrennadel und das Ehrengeschenk. Seiner konnten die beiden anderen Kollegen infolge Krankheit nicht an der Feier teilnehmen. Auch ihnen gelten unsere Glückwünsche und hoffen wir, daß sie bald wieder hergestellt und in Zukunft sich einer besten Gesundheit erfreuen können. Kollege G a m e r dankte für die Ehrengaben des Zentralvorstandes und der Ortsgruppe und beschrieb weitere treue Mitarbeit am Verband. Musikalische und humoristische Darbietungen verschönten die Feier.

Duisburg-Weiderich. Am 21. November fand unsere gut besuchte Hauptversammlung statt. Aus der fetten Mitgliedszunahme ist zu ersehen, daß die christliche Gemeindearbeiterorganisation ein Bedürfnis für die städtischen Arbeiter Duisburgs ist. Die Monopolstellung der sozialistischen Gewerkschaften mit ihren unangenehmen Begleiterscheinungen in den städtischen Betrieben ist durchbrochen zum Wohle der gesamten städtischen Arbeiterschaft.

Die Betriebsräte der Gruppen Fuhrpark und Kanalbetrieb gaben Berichte ihrer bisherigen Tätigkeit, welche beifällig aufgenommen wurden. Zahlreiche Anregungen wurden den Betriebsratsmitgliedern aus der Versammlung mit auf den Weg gegeben. Alle Kollegen müssen es als ihre vornehmste Aufgabe betrachten, auch den letzten christlich denkenden städtischen Arbeiter in den christlichen Gemeindearbeiterverband zu bringen, nur das Hindernis der christlichen Betriebsräte zu beseitigen.

Danach referierte Kollege Blüppin über die augenblickliche Lage und ihre Auswirkungen für uns. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß gerade in Krisenzeiten jedes Mitglied verpflichtet werden müsse, für seine Organisation das Beste zu tun und zum Wohle der Gesamtheit seiner Berufskollegen und damit auch zu seinem eigenen Wohle.

Sehr kritisch wurde von der Versammlung das Vorhaben der Stadtverwaltung, jüngere Arbeiter zu entlassen und dafür Wohlfahrtsempfänger einzustellen, unter die Lupe genommen. Nach lebhafter Aussprache faßte die Versammlung hierzu folgende einstimmige Entschlieung:

„Die am 21. November 1930 in Weiderich tagende Versammlung der Gemeindearbeiter der Ortsgruppe Weiderich des Zentralvorstandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen lehnt auf das entschiedenste den Plan der Stadtverwaltung ab, die ledigen Arbeiter zu entlassen und dafür Wohlfahrtsempfänger einzustellen. Eine Entlassung des Arbeitsmarktes und des Wohlfahrtsersatz tritt nur dann ein, wenn Pflicht- oder Kostendarbeiter mit zusätzlicher Arbeit, und nicht mit Arbeiten beschäftigt werden, die bisher von ständigen Arbeitern verrichtet wurden.“

Es würden mit dieser Maßnahme nur neue Wucher geerntet, um alte Wucher zu stopfen. Wenn dabei im Endeffekt auch keine Ersparnisse insgesamt erzielt werden können, so ist es für die Stadtverwaltung doch angenehmer, die Schuldträge möglichst in vollem Umfange als eine Folge der gestiegenen Wohlfahrtsausgaben erscheinen zu lassen. Mit diesen „Sparvermögen“ am unteren Ende wird auch die Aufmerksamkeit von den Sparmöglichkeiten oben in etwa abgelenkt. Im Hinblick auf die Bestrebungen aller Verbände, die deutsche Jugend der Arbeit nicht zu entziehen, ist das Vorhaben der Stadtverwaltung dem gerade entgegengekehrt.

Die Absicht der Stadtverwaltung ist auch unsozial, wenn man bedenkt, daß die Löhne der Gemeindearbeiter im Hinblick auf die sozialen Einrichtungen und die sichere Stellung bisher dauernd niedriger als die anderen Erwerbsgruppen gehalten wurden. Der Verwaltung muß ferner daran gelegen sein, ihre Betriebe möglichst wirtschaftlich rentabel zu gestalten, was ausgeschlossen ist, wenn die Arbeiterschaft dauernd wegsieht.“

In seinem Schlusswort wies der Referent darauf hin, daß es sich in dieser Notzeit zeigt, wie eng das Wohl des Einzelnen mit den Gesamtinteressen des Berufes und Standes verbunden ist. Werden die Abteilungsleiter nicht die richtigen Lehren ziehen?

Mittlingen. Am 18. November fand die Mitgliederversammlung unserer Ortsgruppe statt, in der Kollege W e l m a n n über Ursache und Wirkung der Weltwirtschaftskrise sprach. In allgemein verständlicher Weise zeigte er den Weg dieser Krise, die insbesondere so verhängnisvoll für unsere deutsche Volkswirtschaft geworden sei. Ueberflüssige Produktion und mangelnder Absatz; letzterer infolge mangelnder Kaufkraft führte zur gegenwärtigen Arbeitslosigkeit. Die im Regierungsprogramm vorgesehene Lohnsenkungaktion habe sich zu einem Schla-

wort der Unternehmer erweitert. Lohnabbau auf der ganzen Linie laute die Parole. Auch der gleichgültigste Kollege müsse den Ernst der Lage erkennen und sich wieder in Reich und Glied seiner Gewerkschaft stellen. Was heute in der Privatindustrie allgemein zu beobachten sei, könne morgen auch für die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe gelten. Darum heiße die Parole: „Küßt zum Abwehrkampf.“ Neben kritisierte dann die Preispolitik, die in einem ungünstigen Verhältnis zur Lohnpolitik stehe. Hier sei der Hebel zuerst anzusetzen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde die Verbandsinvalidenterstützungskasse näher erläutert. Nachdem noch einige Betriebsangelegenheiten erörtert waren, schloß Kollege S a p e d e n die Versammlung mit der Mahnung, in Anbetracht des Ernstes der Lage besonders fest zur Organisation zu stehen.

Hannover. Am 30. Oktober 1930 wurde die Gründung der Gemeindearbeitergruppe im Rahmen des christlichen Hilfs- und Transportarbeiterverbandes vollzogen. Aus diesem Anlaß veranstaltete die Ortsgruppe am 8. November einen Familienabend mit Jubilarehrung. Der Vorsitzende, Kollege D r e w e r, sand herzliche Worte der Begrüßung, besonders für die Kollegen K. D a e f e l e, W i t h, W u l f, A n d r. D ö r i n g, A. J e m a n n, K a h l e und W e i d e m a n n, die als Gründer und Jubilare sich engagiert hatten. Er gab dann einen Ueberblick der Entwicklung in den 25 Jahren des Bestehens. Hart und feingig war der Boden, der beackert werden sollte. Wahregelung seitens der Verwaltung und schäbige Bekämpfung durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften verbotenen die Kollegen von dem einmal beschrittenen Wege nicht abzubringen. Der Weltkrieg sah die meisten an der Front. Nicht alle kehrten wieder; in stiller Dankbarkeit wollen wir ihrer gedenken. Mit sieben Kollegen wurde der Aufbau der Ortsgruppe nach dem Kriege wieder begonnen. Seither ist erfolgreiche Arbeit geleistet worden. Allen Kollegen, besonders den Jubilaren, danken wir dafür. Schriftliche Glückwünsche hatten übermittlel der bisherige Schriftleiter Reder, ferner die Kollegen Nowak (Leipzig) und D r o p w e r t (Dalle).

Bezirksleiter W e l m a n n überbrachte die Grüße und Glückwünsche des Zentralvorstandes. In seiner Festrede würdigte er die Tätigkeit der Jubilare als Pionierarbeit an unserer christlichen Gewerkschaftsbewegung. Nicht ohne große Opfer und manche Enttäuschung ist ihr Schaffen und Ringen gewesen. Wir danken unseren Jubilaren für ihre mühsame Arbeit, wir danken aber auch ihren Frauen, die so manche freie Stunde opfern mußten, weil der Mann draußen für eine Besserung der Lebenslage des Arbeiters kämpfte. Neben dem Dank haben wir zu versprechen, daß wir das uns überantwortete Erbe hegen und pflegen wollen. Die augenblickliche Zeit und die nahe Zukunft gebieten jedem Einzelnen von uns, wachsam und kampfbereit zu sein. Der Verband ist unsere Verbände. Namens des Zentralvorstandes überreichte Reder den Jubilaren die Silbernadel und ein Ehrengeschenk. Das Kartell der christlichen Gewerkschaften war durch den Kollegen G e r m a n n vertreten, der die herzlichsten Grüße überbrachte und eine weitere gute Entwicklung wünschte.

Kollege D a e f e l e dankte namens der Jubilare für die Glückwünsche und Ehrung. Er versprach auch weiterhin treu zum Verbands zu stehen und mit zu wirken. Kollege W u l f, der nun schon 25 Jahre als pflichttreuer Ortskassierer waltet, dankte ebenso herzlich für die Aufmerksamkeiten und mahnte die jüngeren Kollegen, treu zum Verbands zu stehen.

Musikalische und humoristische Darbietungen hielten alt und jung noch recht lange in recht gemüthlicher Stimmung beisammen.

Büchertisch

Internationale Handb. der Arbeit, Heft 5, September 1930.

Das sechste erschienene Septemberheft der vom Internationalen Arbeitsamt, Zweigamt Berlin, herausgegebenen Monatschrift in deutscher Sprache „Internationale Handb. der Arbeit“ enthält einen Aufsatz „Lohnpolitik und Goldstandard in Großbritannien“, der von großem Interesse ist. Er befaßt sich mit dem Lohnproblem in Großbritannien und behandelt insbesondere die Beziehungen zwischen der Lohnpolitik und der Bewegung der Löhne in diesem Lande. In einer weiteren Abhandlung wird die Struktur der polnischen und französischen Landwirtschaft im Zusammenhang mit der Auswanderungsfrage behandelt. Am Rand von sehr interessanten Unterlagen gibt Professor Lubkewicz einen Ueberblick über den polnischen Bevölkerungszuwachs und den französischen Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitskräften.

Die „Internationale Handb. der Arbeit“ kann zum Preise von M. 1,50 je Heft, im Jahresbezug (12 Hefte) RM. 16,—, zugänglich Porto durch den Buchhandel oder unmittelbar vom Internationalen Arbeitsamt, Zweigamt Berlin NO. 40, bezogen werden.

Gedenktafel



Gestorben sind die Kollegen:

Georg Wagner, Bandschut 8. 11. 1930
 Joh. Weiler, Ebersleben (Halg) 10. 11. 1930

Ehre ihrem Andenken!

Redaktion u. Verlag: Heinrich Eidmann, Köln, Jülicher Str. 27.
 Rotationsdruck: Köhler Börsen-Haus, Großdruckeri,
 Köln, Neumarkt 18a-24.